

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Forderung nach einer Transaktionsteuer spielt seit Jahren eine wichtige Rolle in der internationalen Debatte über eine gerechtere Wirtschaftsordnung. Es ist wichtig und gut, dass auch kirchliche Organisationen diese Position aufgreifen.

Mit großem Unverständnis sehen wir jedoch, dass in der Öffentlichkeitsarbeit dieser Kampagne der honduranische Kardinal Óscar Andrés Rodríguez Maradiaga einen wichtigen Platz einnimmt.

Um wen handelt es sich?

Der honduranische Kardinal ist seit 2007 Präsident der Caritas International und war Schirmherr der weltweiten Entschuldungskampagne „Jubilee 2000“ zugunsten der armen Länder. Er gilt als eine der bedeutendsten Gestalten des lateinamerikanischen Episkopats. Er gehört zu den glaubwürdigsten Kritikern einer bestimmten Globalisierung, die zu Lasten der Armen geht. In den vergangenen Monaten erhielt er in Honduras mehrere ernstzunehmende Morddrohungen.

Kardinal Rodríguez Maradiaga ist durch seine befürwortende Haltung zum Staatsstreich gegen die letzte demokratisch gewählte Regierung in seinem Heimatland am 28. Juni 2009 für eine solche Kampagne unglaublich und schadet ihr und den übrigen Organisationen in einem ganz erheblichen Ausmaß.

[] Die Anhänger von Zelaya im In- und Ausland positionieren sich sicherlich in der Mehrheit gegen Kardinal Rodríguez. Das heißt aber nicht automatisch, dass die Mehrheit der honduranischen Katholiken gegen ihn ist. Aus unserer Sicht gilt dasselbe.

Kardinal Rodríguez Maradiaga hat den Staatsstreich gegen die Regierung von Präsident Manuel Zelaya gutgeheißen und öffentlich verteidigt, während Menschenrechtsorganisationen wie Human Rights Watch, Amnesty International, FIAN International und viele andere immer wieder auf die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und politischen Morde unter der wenige Monate währenden Diktatur und dem aktuellen De-facto-Regime hingewiesen haben und hinweisen.

[] Kardinal Rodriguez hat eine Bewertung der Ereignisse gemacht, die auf der Grundlage der Informationen und zahlreichen Gesprächen, die er mit dem damaligen Präsidenten Zelaya durchgeführt hat, beruht. Die honduranische Bischofskonferenz hat in Folge dieser Gespräche und angesichts der angespannten Lage eine Stellungnahme bekannt gegeben. Diese Stellungnahme widerspricht der Position der meisten Zelaya – Anhänger und der US-Botschaft. In einigen Punkten stimmen wir mit der damaligen Analyse nicht überein. In vielen anderen teilen wir allerdings seine Einschätzung.

Das Ziel des Staatsstreichs bestand in erster Linie darin, die Privilegien der Oberschicht zu schützen und eine Verfassungsreform zugunsten der Bevölkerungsmehrheit und mit dem Ziel eines stärkeren sozialen Ausgleichs zu verhindern. Der gestürzte und vom Militär aus dem Land geschaffte Präsident Manuel Zelaya stand kurz vor dem Ende seiner Amtszeit und hatte in Honduras zuletzt mehrere Reformen eingeleitet, die den wohlhabenden Schichten ein Dorn im Auge waren.

[] Diese Formulierung ist eine starke Vereinfachung der Ereignisse und blendet einen wichtigen Teil des Prozesses aus. Ziel des Staatsstreiches war die Absicht von Präsident Zelaya, die geltende Verfassung zwecks seiner Wiederwahl, ohne Zustimmung des Parlaments und des Höchstens Gerichtshofes außer Kraft zu setzen.

Wie die Verteidiger des Putsches – unter ihnen Kardinal Rodriguez Maradiaga – fälschlicherweise und gegen alle Vernunft glauben machen wollten, habe Präsident Zelaya mit der Verfassungsreform den

Weg für seine Wiederwahl durchsetzen wollen. Diese und andere Rechtfertigungen des Putsches wurden, wie aus einem jüngst von dem Internetprojekt Wikileaks veröffentlichten Bericht hervorgeht, sogar von der US-Botschaft in Tegucigalpa en detail verworfen.

[] Durch unsere Auswertung der Wikileaks „Enthüllungen“, kommen wir zu anderen Schlussfolgerungen. Der US-Botschafter Hugo Llorens nennt zwar die Absetzung Zelayas als Staatsstreich, schließt dabei allerdings nicht aus, dass Zelaya eine Wiederwahl durch die Aussetzung der bestehenden Verfassung anstrebt. An anderer Stelle in Wikileaks steht u. a.:

“There also exists a sinister Zelaya, surrounded by a few close advisors with ties to both Venezuela and Cuba and organized crime. Zelaya's desperate defense of former telecommunications chief Marcelo Chimirri (widely believed to be a murderer, rapist and thief) suggests that Chimirri holds much over Zelaya himself. Zelaya almost assuredly takes strong medication for a severe back problem and perhaps other drugs as well. His vehement attacks on the press have reportedly endangered journalists opposed to Zelaya's policies. His style and tone in order to get his way is one of intimidation and bullying, threatening tax inspections and worse rather than substantive debate on issues. Zelaya's inability to name a Vice Minister for Security lends credibility to those who suggest that narco traffickers have pressured him to name one of their own to this position. Due to his close association with persons believed to be involved with international organized crime, the motivation behind many of his policy decisions can certainly be questioned. I am unable to brief Zelaya on sensitive law enforcement and counter-narcotics actions due my concern that this would put the lives of U.S. officials in jeopardy.” (Charles Ford, ehemaliger US-Botschafter in Tegucigalpa, laut Wikileaks: <http://213.251.145.96/cable/2008/05/08TEGUCIGALPA459.html>).

Anscheinend bleibt dieser Punkt eine „Glaubensfrage“. Fest steht: Wikileaks als Beweisquelle heranzuziehen, um die moralische Integrität von Kardinal Rodriguez in Frage zu stellen und dabei Zelaya als einen integren Politiker darzustellen, scheint uns mehr als fraglich.

Tatsache ist, dass

– die Putschisten, zu deren Lager Kardinal Rodríguez Maradiaga gehört, soziale Reformen rückgängig gemacht und die politische Opposition massiv unterdrückt haben und unterdrücken. Dies hat sich auch nach der international nicht anerkannten Wahl Ende 2009, aus der das De-facto-Regime unter Führung des Unternehmers Porfirio Lobo hervorging, nicht geändert;

[] Es gibt in Honduras eine starke soziale Polarisierung, die sowohl durch den Staatsstreich als auch durch den Populismus Zelayas´ verschärft wurde. Kardinal Rodriguez Putschist zu nennen, ist, aus unserer Sicht, allerdings eine sehr polemische Formulierung. Die Ereignisse in Honduras können und dürfen nicht in einer epischen Beschreibung einer Revolution unter der Führung von Zelaya vereinfacht werden, gegen die der Kardinal als Verkörperung des Bösen gekämpft hat. Solche Vereinfachungen lehnen wir als Platituden ab.

– große Teile der Bevölkerung weiterhin und verstärkt die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung fordern. Die Mächtigen des Landes und ihre Vertreter in Exekutive, Parlament und Verfassungsgericht bekämpfen eine solche Reform von unten mit massiver Gewalt;

[] Soweit uns bekannt ist, wird der Aufruf zu einer verfassungsgebenden Versammlung nicht durch die Mehrheit der HonduranerInnen unterstützt. Die Tatsache, dass „große Teile der Bevölkerung ... verstärkt“ so etwas fordern, ist jedoch keine hinreichende Bedingung, die bestehende Verfassung außer Kraft zu setzen. Es handelt sich übrigens um dieselbe Verfassung, die Herrn Zelaya ermöglicht hat, Präsident von Honduras zu werden. Anscheinend hat die neue „de facto Regierung“, mit Unterstützung der Zelaya-Abgeordneten, im Kongress den Weg für eine Reform durch Änderungen der Verfassung geebnet. Wir sehen diese Veränderungen eher mit Skepsis und sind gespannt, was und für wen sie etwas bringen werden. Weiter oben wird suggeriert, dass

Präsident Manuel Zelaya die Verfassung vor dem Ende seines Mandats reformieren wollte, was allerdings von ihm selbst bestritten wird.

– in einer neuen Verfassung u.a. auch das Thema einer Steuerreform und Steuergerechtigkeit wesentlich gewesen wäre;

[] Wir kennen keinen Vorschlag für eine neue Verfassung in Honduras, deswegen können wir uns nicht über die angebliche Fiskalpolitik dieser „neuen Verfassung“ äußern. Falls die VerfasserInnen der Petition eine solche Version einer neuen Verfassung erhalten haben, würden wir uns sehr freuen eine Kopie zu erhalten.

Die noch gültige honduranische Verfassung legt die Fiskalpolitik nicht im Detail fest. Zudem können die Artikel der Verfassung, die sich damit befassen, jederzeit verändert werden. Derzeit liegt das größte Problem in den Praktiken der Korruption und Steuerhinterziehung der wirtschaftlichen Eliten des Landes - zu denen im Übrigen Zelaya als Großgrundbesitzer und Holzexporteur gehört. Vorwürfe der Korruption gegen Manuel Zelaya Rosales sowie gegen Mitglieder seines Kabinetts, konnten aus unserer Sicht bislang nicht überzeugend genug zurück gewiesen werden.

– die geringe Steuerlast für Wohlhabende sowie nationale und transnationale Unternehmen in Honduras wesentlich zu Armut und sozialer Ausgrenzung beitragen, und ein entscheidender Grund für die mangelnde Garantie wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Rechte großer Teile der Bevölkerung sind. Wer in Sachen sozialen Ausgleichs und der Wahrung von Menschenrechten im eigenen Land derart im Abseits steht wie Kardinal Rodríguez, darf nicht durch eine Kampagne aufgewertet werden, in der Verantwortung für eine gerechte Gesellschaftsordnung eingefordert wird.

[] Die Behauptung, Kardinal Rodríguez stehe „in Sachen sozialen Ausgleichs und Wahrung der Menschenrechte im eigenen Land im Abseits“, ist aus unserer Sicht einfach falsch und entbehrt jeglicher Grundlage. Leider legt die Petition keine Belege für die Behauptungen vor und aus diesem Grund können die Unterzeichner den Vorwurf der Diffamierung nur schwer entgegen treten. Dies tut uns sehr leid, insbesondere, weil hier die Integrität von Kardinal Rodríguez in Frage gestellt wird und sich die Verfasser der Petition kritiklos für die Integrität Zelayas stark machen. Das ist, aus unserer Sicht, mehr als bedauerlich.

Wie weiter oben bereits dargestellt, lässt die Fiskalpolitik in Honduras noch viel Spielraum für Verbesserungen zu. Allerdings sollten diese Verbesserungen von einer Fokussierung auf die Armutgruppen ausgehen, wie die katholische Kirche in Honduras mehrfach gefordert hat und nicht nach klientelistischen Kriterien spontan und für bestimmte Gruppen durchgeführt werden. Es wurde bereits mehrmals nachgewiesen, dass in Honduras das Problem in der schlechten Einziehung von Steuerabgaben liegt und nicht in der festgelegten Höhe der Steuerlast, die über dem lateinamerikanischen Durchschnitt liegt (siehe Tabelle weiter unten).

Nicht nur im Fall Honduras ist es wichtig, zwischen Einnahme- und Ausgabenseite der Fiskalpolitik zu unterscheiden. Folgende Aspekte der honduranischen Realität sollten noch berücksichtigt werden, falls man nicht mit populistischen Argumenten Armutsbekämpfungspolitik unterstützen will:

- Die Tatsache, dass ein Steuerinstrument regressiv und damit auf Kosten der Armen orientiert ist, ist noch kein Beleg dafür, dass dieses nur die Reichen begünstigt.*
- Die Einkommenssteuer ist in Honduras mit Abstand die progressivste Steuer.*
- Mehrwert- und Körperschaftssteuer sind in Honduras nur leicht progressiv.*

• *Lehrer (als „nicht Arme“ Bevölkerungsteile) sind nicht steuerpflichtig: das ist eindeutig regressiv und wurde von Zelaya geradezu übermäßig gefördert.*

• *Stromsubventionen sind eher schlecht gestaltet und nicht ausreichend auf die Armen fokussiert und deswegen nur leicht progressiv. Zelaya hat die Stromsubventionen für Reichen Unternehmen nicht abgeschafft, sondern nur selektiv nach politischer Opportunität gestaltet.*

• *Pensionsfonds wie IHSS und IMPREMA, schlucken durch die staatlichen Subventionen große Finanzbeträge, weil der individuelle Beitrag der Versicherten sehr gering ist. Sie sind aber alles andere als progressiv. In einem Land mit mehr als 60% Armutsbevölkerung, profitiert davon nur einen Bruchteil von höchstens 5% der (nicht armen aber auch nicht reichen) Bevölkerung. Übrigens, einen nüchternen Blick auf die gegenwärtige Situation von IMPREMA sollte den Verfassern der Petition ein Beispiel dafür liefern, was wir meinen, wenn wir über Klientelismus sprechen.*

Das sind lediglich einige Aspekte der Fiskalpolitik, die zeigen sollten, dass in Honduras die Spielräume zwar sehr eng sind, aber immer noch Möglichkeiten bieten die Steuerpolitik zugunsten der Armen zu gestalten. SÜDWIND hat auf der Grundlage von empirischen Recherchen bereits gezeigt, dass eine höhere Steuerbelastung der reichsten 5 % der Bevölkerung zwar mehr als wünschenswert ist, allerdings für die Armen und Extremarmen mehr als unzureichend wäre. Weitere Mitglieder der oberen 20% (nach Einkommen) müssten zur Kasse gebeten werden.

Cuadro 2
INGRESOS TRIBUTARIOS DE LOS GOBIERNOS CENTRALES
(CON CONTRIBUCIONES SOCIALES - EN % DE PIB)

	1980	1985	1990	1995	2000	2005	Promedio 95-05	Promedio 90-05
Brasil	22,7	24,0	26,4	27,3	30,4	33,4	30,3	29,3
Uruguay	20,0	19,1	22,4	23,1	23,6	26,2	24,3	23,8
Argentina	19,2	18,3	16,1	20,3	21,5	26,8	22,9	21,2
Chile		18,5	15,4	16,7	17,7	18,2	17,5	17,0
Honduras	14,7	14,5	15,3	16,9	17,0	18,3	17,4	16,9
Nicaragua			9,0	14,2	17,5	20,4	17,3	15,3
Panamá			14,7	17,4	16,0	14,2	15,9	15,6
Bolivia			8,2	11,8	14,0	19,8	15,2	13,4
Colombia			8,7	13,4	14,1	17,6	15,0	13,4
Perú	17,5	14,8	11,6	15,4	13,9	15,1	14,8	14,0
El Salvador			8,9	13,8	13,0	14,2	13,7	12,5
Paraguay	8,8	7,3	9,9	13,6	12,0	13,0	12,9	12,1
Costa Rica	12,9	11,5	11,0	12,3	12,3	13,6	12,7	12,3
República Dominicana	11,4	10,1	8,2	10,8	12,7	14,1	12,5	11,4
Ecuador	10,6	9,1	10,1	9,6	11,6	13,3	11,5	11,1
México	11,9	11,1	12,6	11,3	12,1	11,0	11,5	11,8
Guatemala	9,2	6,7	7,6	9,1	10,9	11,5	10,5	9,8
República Bolivariana de Venezuela			4,4	8,9	9,4	12,3	10,2	8,7
Haití			7,3	5,5	7,9	9,7	7,7	7,6
Promedio AL	14,4	13,8	12,0	14,3	15,1	17,0	15,5	14,6

Fuente: Elaboración propia en base a datos del ILPES y el FML.

Nota: Para Argentina y Brasil, la cobertura corresponde a Gobierno General.

Die Regierung Zelayas hat insbesondere in den letzten sechs Monaten durch direkte Transferzahlungen für die Armen zu einer kleinen Entspannung der Lage beigetragen, aber keine weitgehende Reformen hin zu einer progressiveren Steuerpolitik umgesetzt, wie suggeriert wird. Schlimmer noch, Zelaya hat dem Kongress bis zum Tag des Staatsstreiches im Juni 2009 keinen Haushaltsentwurf für das Jahr 2009 vorgelegt und damit eindeutig die Verfassung verletzt. Wie allgemein bekannt ist, waren die Entschuldungsressourcen, die durch das starke Engagement von Kardinal Rodriguez von den Gläubigern frei gegeben und in der Regierungszeit von Zelaya fällig wurden, nicht für die Armutsbekämpfungsstrategie eingesetzt, sondern eben für die Verteilung von „Geschenken“.

Die Katholische Kirche in Honduras, die übrigens keine reiche, sondern eine sehr arme Kirche ist, hat ständig auf Missstände der Politik hingewiesen, die sich auf die Armen negativ auswirken. Das macht sie auch heute. Aber die Kirche ist keine politische Partei.

Aus den genannten Gründen fordern wir Sie mit aller Dringlichkeit auf, sich öffentlich von Kardinal Rodriguez zu distanzieren. Es gibt viele Menschen, die mit hoher Glaubwürdigkeit an seine Stelle treten können. Das gilt auch für den Posten des Vorsitzenden von Caritas Internationalis, den mit Kardinal Rodríguez Maradiaga ein Befürworter eines blutigen Staatsstreiches weiterhin innehat.

[] Angesicht der schwierigen Situation in Honduras laden wir zu einer Versachlichung der Diskussion ein, um die Gefahr populistische Scheinalternativen, die die Lage der Armen nicht verbessern, sondern langfristig verschlechtern, zu vermeiden.

„Im Zusammenhang mit dem angespannten politischen Klima wurde der Kardinal mehrfach das Ziel von Einschüchterungsversuchen und Morddrohungen. Mehrere Monate lang konnte er nicht die Heilige Messe in der Kathedrale zelebrieren, weil gedungene Mörder auf ihn warteten, um ihm „das ewige Leben zu schenken“. Erst vor wenigen Tagen durchschlug eine Kugel eine Fensterscheibe des erzbischöflichen Palais in Tegucigalpa“, berichtet die internationale Presse im Februar dieses Jahres.

Wir sehen im Gegensatz zu den Verfassern der Petition keinen Grund, uns öffentlich von Kardinal Rodriguez zu distanzieren. Wir sehen uns, trotz unserer erheblichen Bedenken auch nicht dazu gerufen, die VerfasserInnen der Petition aufzufordern, sich von Manuel Zelaya Rosales und seinen ehemaligen RegierungsmitarbeiterInnen, die mit erheblichen Korruptionsvorwürfen konfrontiert sind, zu distanzieren. Wir weisen allerdings nochmals auf die Gefahr hin, die derzeit für das Leben von Kardinal Rodriguez und zahlreichen Priestern in Honduras real besteht.

Wir bitten darum, unsere Haltung als Gründungsmitglieder dieser Kampagne zu akzeptieren. Es geht um Toleranz und gegenseitigen Respekt. Wir sind der Meinung, dass Argumente ausreichend ausgetauscht worden sind und sehen uns nicht mehr gewillt eine Diskussion auf der Ebene von Behauptungen, die subjektiv unterschiedlich interpretiert werden, weiter zu führen.

Mit freundlichen Grüßen,

Dr. Pedro Morazán

Institut SÜDWIND.